Smart Meter

Studie empfiehlt individuelle Strategie

[30.07.2013] Das Bundeswirtschaftsministerium hat eine Kosten-Nutzen-Analyse zur Einführung von Smart Metern vorgelegt. Ergebnis: EU-Vorgaben sind für Deutschland nicht sinnvoll.

Die Mitgliedstaaten der EU sollen bis zum Jahr 2022 grundsätzlich 80 Prozent aller Haushalte mit intelligenten Messsystemen für Strom (Smart Meter) ausstatten. Grundlage dafür sind Bestimmungen aus dem 3. Binnenmarktpaket und Empfehlungen der EU-Kommission. Als Alternative steht es den Mitgliedsländern frei, eine Kosten-Nutzen-Analyse durchzuführen und darauf aufbauend eine individuelle Strategie auf den Weg zu bringen. Vor diesem Hintergrund hat das Bundeswirtschaftsministerium bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young eine Studie in Auftrag gegeben.
Der Abschlussbericht zur Kosten-Nutzen-Analyse wurde jetzt vorgelegt. Wichtigstes Ergebnis: Das beschriebene EU-Szenario ist für Deutschland nicht zu empfehlen. Wie das Bundeswirtschaftsministerium mitteilt, zeigt die Studie, dass insbesondere bei geringem Jahresverbrauch die Kosten für ein intelligentes Messsystem deutlich die Energieeinsparmöglichkeiten übersteigen. Ein verpflichtender Einbau wäre somit unverhältnismäßig und wirtschaftlich unzumutbar. Staatssekretär Stefan Kapferer sagte: „Die Ergebnisse zeigen, dass wir in Deutschland den Ausbau von intelligenten Messsystemen und Zählern gezielt, nämlich Energiewende-konform, ausgestalten müssen.“ Pauschale Ansätze seien nicht situationsgerecht. Das Bundeswirtschaftsministerium prüfe nun die Umsetzbarkeit der Gutachter-Empfehlungen.

(al)

Kosten-Nutzen-Analyse für einen flächendeckenden Einsatz intelligenter Zähler (PDF, 1,9 MB).

Stichwörter: Politik, Bundeswirtschaftsministerium, Smart Meter